



Schweizer Belegärzte erwägen Volksinitiative zur Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens

## **Ambulante Versorgung nicht weiter gefährden**

**Mit einem offenen Brief protestieren die Schweizer Belegärzte bei Bundesrat und Gesundheitsminister Alain Berset. Sie fordern ihn ultimativ auf, die ambulante und bezahlbare Versorgung nicht weiter zu gefährden. Der Bund hat im laufenden Jahr massiv in die ärztlichen Tarife eingegriffen. Trotzdem steigen die Prämien auch 2018 weiter an. Die Regulierungen erweisen sich als kontraproduktiv. Die Schweizer Belegärzte fordern Berset auf, von den schädlichen und einseitigen Regulierungen abzusehen. Die Belegärzte erwägen die Lancierung einer Volksinitiative zur einheitlichen und transparenten Finanzierung des Gesundheitswesens.**

«Schweizer Belegärzten und operativen Spezialisten liegt die schweizerische Gesundheitsversorgung sehr am Herzen. Deshalb wehren wir uns vehement gegen die Gefährdung der ambulanten Versorgung», sagt Claude Müller, Präsident der Schweizerischen Belegärzte-Vereinigung. Im Gesundheitswesen bekennen sich alle zur ambulanten Medizin. Doch in Tat und Wahrheit klafft ein grosser Widerspruch zwischen den Lippenbekenntnissen der Politik und der Realität. Die Regulierungen und Eingriffe nehmen laufend zu und gefährden die ambulante Versorgung. Sie führen zu einer Konzentration des Angebots in den urbanen Zentren und gefährden die Versorgungssicherheit in der Peripherie, beispielsweise in der Kinderchirurgie und der Gynäkologie.

Gleichzeitig ist der Nutzen der Massnahmen mehr als fraglich. Trotz Kahlschlag in der ambulanten Medizin steigen die Prämien insgesamt auch 2018 wieder massiv an. Dies zeigen die heute durch den Bundesrat genehmigten Prämien erhöhungen exemplarisch. Um 4 Prozent sollen die Prämien in der Grundversicherung 2018 steigen. Von einer Kostendämpfung ist nichts zu spüren. Seit 2000 haben sich die Prämien für die Krankengrundversicherung mehr als verdoppelt. Und nun steht schon wieder der nächste Schub an. Die politischen Eingriffe in die ärztliche Tarifstruktur heizen das Kostenwachstum weiter an.

Es ist ein Teufelskreis. Weil die Kantone nur bei stationären Leistungen mitbezahlen - und nicht bei der ambulanten Medizin -, schlägt der an sich wünschbare Trend hin zur ambulanten Medizin voll auf die Prämien durch. Das heisst, die Kosten der ambulanten Medizin müssen vollständig von den Prämienzahlern getragen werden. Es kann nicht sein, dass die einzige Antwort der Politik ein massiver Abbau in der ambulanten Medizin ist. Das ist widersinnig und nicht zielführend! Die kontraproduktiven Tarifeingriffe des Bundes sind eine Folge davon. „Wenn es nicht gelingt, diesen Teufelskreis zu durchbrechen, droht ein Nieder-

gang der ambulanten medizinischen Versorgung in unserem Land“, sagt Claude Müller, Präsident der Schweizerischen Belegärzte-Vereinigung.

Qualität, Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit der ambulanten Medizin dürfen nicht durch weitere politische Fehlentscheide gefährdet werden. Nicht nur die Geduld der Prämienzahler, sondern auch die Geduld der Schweizer Belegärzte und operativen Spezialisten ist begrenzt. Sie schreiben: «Wir werden der mutwilligen Gefährdung der ambulanten medizinischen Versorgung in der Schweiz nicht tatenlos zusehen. Es braucht nun endlich grundsätzliche Reformen. Wir erwägen die Lancierung einer Volksinitiative zur einheitlichen und transparenten Finanzierung der Leistungen in der Grundversicherung. Kurzfristig ist von den kontraproduktiven und einseitigen Eingriffen ins System abzusehen.»

Bern, 28. September 2017

Ansprechpartner:

Dr. med. Claude Müller, Präsident der Schweizerischen Belegärzte-Vereinigung (SBV)

Florian Wanner, lic. iur., Rechtsanwalt, Sekretär der Schweizerischen Belegärzte-Vereinigung (SBV)

[www.sbv-asmi.ch](http://www.sbv-asmi.ch)

[info@sbv-asmi.ch](mailto:info@sbv-asmi.ch)

Telefon: 031 952 79 05